

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bucher, Grosz
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Unterstützung der Ein-Mann-Unternehmen durch Einführung einer
befristeten Beschäftigungsprämie

eingebraucht in der Sitzung des Nationalrates am 17. Februar 2009 im Zuge der Debatte zum
Dringlichen Antrag der Abgeordneten Bucher Kolleginnen und Kollegen betreffend BZÖ-Rettungspakt
für Österreich als Soforthilfe für Menschen und Wirtschaft statt rot-schwarzem Postenschacher und
Misswirtschaft

Die weltweite von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgehende Finanz- und
Wirtschaftskrise hat – auch wenn dies offensichtlich von dieser Bundesregierung
beharrlich ignoriert wird – Österreich bereits massiv getroffen.

Der Blick auf die Daten bestätigt dies nur allzu gut!

War die Konjunkturprognose der Europäischen Kommission im November des
letzten Jahres noch von einer Steigerung des Wachstums von 0,6 Prozent und für
2010 von 1,3 Prozent ausgegangen, so wird laut der jüngsten revidierten
Konjunkturprognose der Europäischen Kommission die Wirtschaftsleistung in
Österreich in diesem Jahr um 1,2 % schrumpfen und im Jahr 2010 um lediglich 0,6 %
wachsen (APA179/19.01.2009). Auch Wifo, IHS sowie die Österreichische
Nationalbank mussten ihre Prognosen in letzter Zeit wiederholt nach unten
revidieren.

„In den Jahren 2009 und 2010 gerät die österreichische Wirtschaft voll unter den
Einfluss der internationalen Finanzkrise und in eine Rezession. Ab 2010 ist mit einer
Erholung zu rechnen, sofern sich das Vertrauen in die Finanzmärkte bis dahin wieder
festigt,“ so die nicht gerade beruhigende Stellungnahme des Wifo in einer
Aussendung vom 30. Jänner 2009, das weiters davon ausgeht, dass „selbst in den
besten Jahren des Prognosezeitraums (2011 bis 2013) das BIP-Wachstum nicht den
Durchschnitt der letzten fünf Jahre erreichen wird.

Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die Weltwirtschaft die Folgen der
Immobilien- und Finanzkrise nur allmählich überwinden wird und der
Haupthandelspartner Deutschland stark unter dem Einbruch der Investitionsgüter-
und Autoindustrie leiden wird. Überdies wird wegen der steigenden Unsicherheit die
Neuverschuldung der privaten Haushalte für Wohnbau und Konsum erschwert und
die Versorgung der Unternehmen mit Risikokapital als Folge der Finanzkrise
eingeschränkt werden. (OTS/30.01.2009)

Dieser pessimistische volkswirtschaftliche Gesamtausblick für die nächsten Jahre
spiegelt sich in der Realwirtschaft bereits nieder, wenn entsprechend einer
Aussendung der „Jungen Wirtschaft“ vom 10. Februar 2009 beispielsweise 57 % der
Jungunternehmer der Meinung sind, dass sich die wirtschaftliche Lage in den
nächsten 12 Monaten verschlechtern werde. Laut der Wirtschaftsauskunftei
Creditforum belegt Österreich bei Firmenpleiten mit 224 Insolvenzen pro 10.000
Unternehmen europaweit den zweitschlechtesten Platz. Während europaweit die
Privatinsolvenzen im Jahr 2008 leicht rückläufig waren, war in Österreich im
Vergleichszeitraum eine Zunahme um 11 % auf 9.500 Fälle zu verzeichnen.
(APA381/10.02.2009). Nicht verwunderlich ist daher die Aussage der Europäischen
Kommission die wörtlich von einem „scharfen Ansteigen der Arbeitslosigkeit“ spricht.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen in Österreich spiegeln diese Prognose nur allzu gut wieder. So sind mit Jänner dieses Jahres bereits mehr als 301.000 Personen als arbeitslos gemeldet, was einer Steigerung von 12,2 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Insbesondere die Jugendlichen sind davon mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um fast 23 % massiv betroffen. Im Gegenzug sank die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um alarmierende 21,2 % auf 26.811 (APA092/02.02.2009)

Angesichts dieser alarmierenden Zahlen kommt daher entsprechenden Maßnahmen im Sinne der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen größte Bedeutung zu. Ein besonderes Anliegen in diesem Zusammenhang ist den unterfertigten Abgeordneten daher die große Gruppe der bereits mehr als 173.000 Ein-Mann-Unternehmen. Gerade diese Unternehmen sollten in Form zeitlich befristeter Beschäftigungsprämien, die für zusätzlich angestelltes Personal zur Auszahlung gelangen, unterstützt werden.

Aus diesen Gründen stellen daher die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem die Einführung einer auf zwei Jahre befristeten Beschäftigungsprämie für Ein-Mann-Unternehmen in Österreich, die neue Mitarbeiter anstellen, sichergestellt wird.“

Wien, 17. Februar 2009

